



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 140

27. NOVEMBER 2009

LETZTE AUSFAHRT KOPENHAGEN



Liebe Leserinnen und Leser!

Aus meinem Bürofenster schaue ich direkt auf die britische Botschaft. Seit kurzem prangt über dem Haupteingang ein Plakat. „Yes we must“ steht drauf. Großbritannien wirbt dort für ein „ehrgeiziges, effektives und faires Klimaschutzabkommen“ auf der Konferenz von Kopenhagen. Ich kann unseren britischen Freunden nur beipflichten: Ja, wir müssen! Wir müssen ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll schaffen, das international bindende Verpflichtungen zur Verminderung des CO₂-Ausstosses festzurrt. Anders ist unser Klima langfristig nicht zu retten.

Herzlichst, ihr

„In der Nordsee schwimmen bald Sardinen“. So fasste die Zeitung *Die Welt* vor einiger Zeit die Folgen des Klimawandels für unsere heimische Küstenregion zusammen. Ja wenn es doch nur bei den Sardinen bleiben würde! Nach aktuellen Szenarien müssen sich vor allem die Nordsee- und Elbanrainer auf einen höheren Meeresspiegel und heftigere Sturmfluten gefasst machen.

Dieses Beispiel zeigt, dass der Klimawandel jeden treffen wird. Er beeinträchtigt die Lebenschancen künftiger Generationen – nicht nur bei uns, sondern überall auf der Welt. Vor diesem Hintergrund steht gerade für die CDU als christliche Partei die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ganz oben auf der politischen Agenda. Das Eintreten

für den Klimaschutz leistet auch einen Beitrag zur Armutsbekämpfung, da gerade die Entwicklungsländer von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Schließlich ist der Klimaschutz Antriebsmotor für die Entwicklung neuer Umwelttechnologien und damit eine große Chance für den Exportweltmeister Deutschland.

Im Dezember kommt die internationale Staatengemeinschaft auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen zusammen. Viele weitere Chancen, sich auf ein anspruchsvolles und rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen zu einigen, werden sich kaum bieten. „Es gibt keine Alternative zum Erfolg“, stellte Bundesumweltminister Norbert Röttgen unmissverständlich klar.

In einem Antrag der Regierungsfractionen von CDU/CSU und FDP bekennt sich Deutschland zu seiner internationalen Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz und fordert in Kopenhagen ein rechtsverbindliches internationales Klimaabkommen. Zumindest müssen in Kopenhagen Kernpunkte für ein zukünftiges Abkommen vereinbart

werden. Größtes Ziel ist und bleibt es, Maßnahmen zu vereinbaren, welche die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich sowohl die großen Industrieländer, aber auch die Schwellen- und Entwicklungsländer auf verbindliche Emissionsminderungen einlassen. Die Industrienationen produzieren die meisten Schadstoffe. So sollen sie bis 2020 mindestens 25 Prozent weniger Treibhausgase produzieren. Für die Schwellen- und Entwicklungsländer ist eine Reduktion der Emissionen um mindestens 15 Prozent vorgesehen.

In Kopenhagen muss darüber gesprochen werden, wie die finanziellen Lasten des Klimaschutzes verteilt werden sollen. Berechnungen könnten sich am Bruttoinlandsprodukt und der Höhe der Treibhausgasemissionen ausrichten. So kann sichergestellt werden, dass auch aufstrebende Schwellenländer wie Indien und China einen angemessenen Beitrag leisten - und Deutschland nicht durch einseitige Belastungen benachteiligt wird.

BUNDESWEHRMANDATE VOR VERLÄNGERUNG



Ein stabiles Afghanistan ist für Deutschland unter sicherheitspolitischen Aspekten von großem Interesse. Daher hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche über eine Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am ISAF-Einsatz in Afghanistan unter Führung der NATO beraten.

Mit dem Einsatz wird ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.

Das deutsche ISAF-Kontingent soll weiterhin maximal 4.500 Soldaten umfassen und hat zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds zu unterstützen.

Auch die deutsche Beteiligung an der UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste soll bis zum 30. Juni 2010 verlängert werden.

Vor Ort setzt sich die Marine für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten ein.

Allerdings soll die Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldaten abgesenkt werden.

Weiterhin präsent wird die Bundeswehr wohl auch am Horn von Afrika. Im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) überwachen dort Boote der Marine den Schiffsverkehr. Durch diese Kontrolle sollen vor allem der Handel und Transport von Gütern unterbunden werden, die der Unterstützung des internationalen Terrorismus dienen. An dieser Mission werden rund 700 Soldaten beteiligt sein.

UNNÖTIGE AUFREGUNG UM MIETRECHTSREFORM



In ihrem Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und FDP auf eine Änderung mietrechtlicher Regelungen verständigt. Doch obwohl es nach Angaben aus dem Bundesjustizministerium bis jetzt weder inhaltliche Festlegungen, noch einen konkreten Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren gibt, schlagen die Wellen hoch.

Einige Medien, Verbände und die Opposition sprechen voreilig davon, dass Union und FDP die „Lobby der Haus- und Grundbesitzer

beglücken wolle“ und der „Mieterschutz aufgeweicht“ werden soll. Das ist Unfug.

In einem Gespräch mit der Online-Ausgabe des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* rückte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer, die Dinge zurecht: „In jedem Fall bleibt der soziale Charakter des Mietrechts gewahrt“. Die Reform werde nur punktuell dort eingreifen, wo die bisherigen Gesetze die Rechte zwischen Mietern und Ver-

mietern nicht ausgewogen verteilen. So sollen die Kündigungsfristen für Vermieter und Mieter in Zukunft einheitlich sein. Auch soll es einen besseren Schutz vor „Mietnomaden“ geben.

Ferner sollen Mieter künftig besser vor Luxussanierungen zum Zwecke der Entmietung geschützt werden. Wo Investoren möglichst hohe Renditen anstreben, ohne sich um die Belange der Mieter zu kümmern, muss der Staat schützend eingreifen.

HEIDE-BAUM FÜR PARLAMENT



Jedes Jahr wird im Reichstagsgebäude feierlich ein Weihnachtsbaum aufgestellt. Dieser Baum entstammt jeweils der Heimatregion eines Bundestagsabgeordneten, der als „Baumpate“ fungiert.

In diesem Jahr hat Michael Grosse-Brömer die Patenschaft für den Parlamentsweihnachtsbaum übernom-

men. Gestiftet wurde die stolze Rotfichte vom Verein Naturschutzpark Lüneburger Heide. Besonders freute sich Grosse-Brömer über die Schüler der Grundschule Garstedt. Sie hatten die Reise des Baumes in die Hauptstadt begleitet, Weihnachtsschmuck gebastelt und ein tolles Musical einstudiert.

TERMINAUSWAHL

- | | |
|--------|--|
| 04.12. | Weihnachtsfeier der CDU Jesteburg in Bendestorf |
| 08.12. | Treffen mit Senioren-Union Seevetal |
| 09.12. | Weihnachtsfeier der Kreistagsfraktion in Jesteburg |